

atomstopp

atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2008, 33. Jahrgang, Nr. 203



TÖDLICHES URAN!

ALARMIERENDE KINDERKREBSSTUDIE!

EURATO





„Was gehen mich die Uranminen im Niger an? Ja und – Kinderkrebs in der Umgebung von deutschen Atomkraftwerken ... ist ja weit weg, zwar weniger weit als der Niger – aber auch weit weg! Und schließlich – es geht ja auch um eine sichere Energieversorgung in Europa! Oder nicht? Da müssen eben Opfer gebracht werden. Und Atomenergie ist ja eh sicher ... zumindest tut ja auch die EU-Kommission einiges dafür, dass die Atomkraftwerke sicherer ausschauen! Oder nicht?“

Der Niger ist eines der zehn ärmsten Länder weltweit – weit über 75% der Bevölkerung sind Analphabeten. Und der Niger ist gleichzeitig einer der vier Top-Uran-Exporteure weltweit! Ausländische – vor allem französische – Konzerne eröffnen eine Uranmine nach der anderen. Der Hunger nach Uran ist groß – die Preise steigen – das Geschäft mit der Atomrenaissance floriert. 17% des Uran, das in europäischen Atomkraftwerken verbrannt wird, stammt aus dem Niger. Und die Bevölkerung leidet massiv unter den Folgen des Uranabbaus (S.3) – ... tödliches Uran – für Europas Atomstrom.

Es ist nicht neu – aber für ein deklariertes Anti-Atom-Land wie Österreich kein Ruhmesblatt – ganz im Gegenteil: Österreichs Atomstromimporte sind seit Jahren auf einem hohen Niveau, Atomstromkonzerne kaufen sich in Österreich ein – Atomstromtransite durch Österreich steigen – 380 kV-Leitungen sei Dank (S. 6-7)! Österrei-

chische Politiker sind auf dem besten Weg die Anti-Atom-Politik ad absurdum zu führen. Aber das geschieht sicher nicht im Namen der ÖsterreicherInnen – denn die sind allen Umfragen zufolge vehemente AtomgegnerInnen.

Nicht nur, weil Reaktorkatastrophen wie jene von Tschernobyl 1986 unvergessen sind – und nachhaltig die Folgen: in Oberösterreich wird es noch 300 Jahre dauern, bis die radioaktive Belastung auf das Niveau von vor 1986 zurückgehen wird ... Braucht es noch mehr Gründe, gegen die Nutzung der Atomenergie zu sein?

Ein Endlager auf tausende von Jahren? Fehlanzeige! Europäische Sicherheitsnormen auf höchstem Niveau? Fehlanzeige! Man diskutiert darüber – wieder einmal – etwa beim Europäischen Nuklearforum (S. 8)! Doch was nutzen „höchste Sicherheitsnormen“, wenn auch der Normalbetrieb von Atomkraftwerken Krebs verursachen kann – Kinder-

krebs (S. 4-5)? Was ist mit dem Vorsorgeprinzip in der Europäischen Union? Werden Menschenopfer bei der Nutzung der Atomenergie in Kauf genommen ...?

Österreich muss RAUS aus EURATOM!

Schwer fassbar: Aber Österreich zahlt jedes Jahr mehr als 40 Millionen EURO für den atomaren Wahnsinn in Europa mit! Wir – 18 Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen, KPÖ-BZÖ-GRÜNE-FPÖ, die Landtage in Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich und der Steiermark – und 63% der ÖsterreicherInnen – wir wollen RAUS aus dem EURATOM-Vertrag und werden in der nächsten Zeit unsere Anstrengungen in dieser Richtung noch weiter intensivieren!

Schöne Grüße und viele Anregungen mit dieser Ausgabe des atomstopp.

Roland Egger



Tag der Sonne 2008 - Infostand am Schillerplatz in Linz im Mai

Tödliches Uran für Europas Atomstrom

Mit einer sehr schmutzigen Seite der Atomkraft – dem Uranabbau in seiner Heimat, dem afrikanischen Staat Niger – hat uns im April Al-moustapha Alhacen konfrontiert.

Almoustapha Alhacen ist Angehöriger der Tuareg und Mitbegründer einer Nichtregierungsorganisation in Arlit mit dem Namen Aghirin'man (Schutz der Seele). Er hat Österreich auf Einladung von GLOBAL 2000, dem Klimabündnis Österreich und der Gesellschaft für bedrohte Völker besucht und eine Vortragsreihe gestartet. In Zusammenarbeit mit atomstopp_oberoesterreich fanden in Oberösterreich zwei Veranstaltungen statt (in Linz im Landeskulturzentrum Ursulinenhof und in der Bundeshandelsakademie Freistadt).

Almoustapha berichtete, dass der französische Atomkonzern AREVA den Menschen zum Beginn des Uranabbaus in Arlit „das Paradies“ versprochen hätte. Tatsächlich sind beim Abbau von 100.000 Tonnen Uran 46.000.000 Tonnen Abraum hinterlassen worden – unter freiem Himmel gelagert. Und das Gestein hat noch 80% seiner Radioaktivität!

Almoustapha berichtete über die Gesundheitsrisiken, die sich durch den Uranabbau für die Minenarbeiter und die lokale Bevölkerung ergeben. „Unser Trinkwasser ist verseucht, der radioaktive Staub weht über die Wüste und die Menschen werden krank“. Beim Abbau wird uranhaltiges Erz zerkleinert und das Uran in chemischen Verfahren herausgelöst. Dabei bleiben Uranreste und verschiedene radioaktive Zerfallsprodukte zurück. Gesundheitsschädigende Wirkungen ergeben sich u. a. durch das Einatmen von radioaktivem Staub. Die Folge sind Krebserkrankungen (u. a. Leukämie), Missbildungen bei Neugeborenen, Nieren- und Lungenerkrankungen.



Almoustapha Alhacen berichtet von den erschreckenden Zuständen im Niger

Der afrikanische Staat Niger – einer der ärmsten Staaten der Erde und der größte Uranexporteur Afrikas – steht stellvertretend für eine steigende Anzahl von Entwicklungsländern, in denen internationale Konzerne unter menschenverachtenden Bedingungen Uran für westliche Atomkraftwerke abbauen. 17% des Uran, das in europäischen Atomkraftwerken eingesetzt wird, stammt aus dem Niger.

Dabei haben 90% der Menschen im Niger keinen elektrischen Strom. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben.

„Die Gesundheit der lokalen Bevölkerung wird aufgrund unzureichender Aufklärung und Schutzmaßnahmen fahrlässig aufs Spiel gesetzt!“, so Almoustapha. Der Betreiber der Uranminen im Niger, der französische Konzern AREVA, klärt die Arbeiter und die Bevölkerung zu wenig über die Gefahren der Radioaktivität auf und die Menschen gehen dementsprechend sorglos mit verstrahltem Material um. Bis 1986 gab es für die Uranarbeiter keinerlei Arbeitskleidung. Verstrahltes Altmetall wird regelmäßig zum Hausbau, Kochen oder Spielen verwendet. Arbeitskleidung wird auch als Privat-

kleidung getragen.

Die Nichtregierungsorganisation Aghirin'man ist seit einigen Jahren mit europäischen Organisationen vernetzt. „Wer Atomstrom in seinem Haushalt verwendet, sollte daran denken, wo das Uran für die Kraftwerke herkommt und dass viele tausende Menschen schon beim Uranabbau zu leiden haben!“ so Almoustaphas mahnende Worte.



Betroffenheit bei den ZuhörerInnen

Alarmierende Kinderkrebsstudie!

Atomkraftwerke erzeugen Kinderkrebs

10.000 Protestbriefe von besorgten BürgerInnen an das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz im Jahr 2001 waren der Startschuss für die bislang umfangreichste und am besten abgesicherte Studie zu Krebsfällen, die so genannte KiKK-Studie (= Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken). Und das Ergebnis ist so eindeutig wie erschütternd:

Ja – Atomkraftwerke können Krebs bei Kindern auslösen und das Risiko an Krebs zu erkranken, steigt exponentiell an (siehe Grafik).

Das heißt: je näher die Kinder an Atomkraftwerken leben, umso höher

ist für sie das Risiko, an Krebs, an Leukämie zu erkranken!

Frühere Studien wurden nicht ernst genommen

Hinweise auf die Krebshäufung rund um Atomanlagen gab es seit den 80er-Jahren, u. a. auch durch wissenschaftliche Studien. Und immer wieder wurden die Hinweise von Politik und Atomkraftwerkbetreibern als unerklärlich, nicht nachvollziehbar, unwissenschaftlich abgetan, die methodischen Schwächen der jeweiligen Studien kritisiert.

Es war nahe liegend und aus der Sicht der Atomindustrie verständlich: Mit dem Ergebnis „Atomkraftwerke erzeugen Krebs!“ hatte die

Atomwirtschaft ein massives Problem in der Öffentlichkeit!

Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. Edmund Lengfelder (Leiter des Otto Hug Strahleninstituts der Universität München) und DI Dr. med. Hans-Peter Hutter (Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien, Vorstand im Verein „Ärzte für eine gesunde Umwelt“) sprachen am 9. Mai 2008 im Festsaal der Bundeshandelsakademie Freistadt über die Häufung von Kinderkrebsfällen in der Nähe von Atomkraftwerken und das Vorsorgeprinzip aus umweltmedizinischer Sicht.

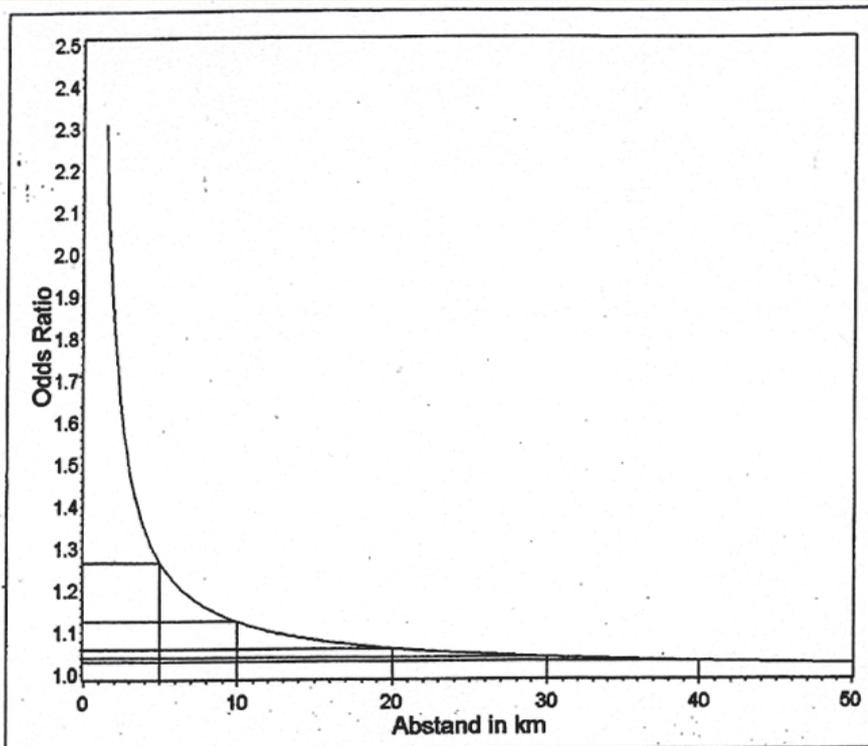
Statistisch signifikante Ergebnisse

Das Ergebnis der Kinderkrebsstudie ist eindeutig und statistisch signifikant: es treten mehr Krebsfälle und Leukämien in der Umgebung von Atomkraftwerken auf – statistisch zu erwarten wären über den Beobachtungszeitraum 1980 bis 2003 48 Krebsfälle (davon 17 Leukämien) gewesen - tatsächlich wurden aber 77 Krebsfälle (davon 37 Leukämien) gefunden!

Prof. Lengfelder gibt sich überzeugt: hätte man die Studie rund um das pannenanfällige Atomkraftwerk Temelin durchgeführt, wäre das Ergebnis noch dramatischer ausgefallen!

Wissenschaftlicher Betrug

Und Prof. Lengfelder ist schockiert: Die Studienautoren haben nämlich – nach Vorliegen der eindeutigen Ergebnisse – behauptet, dass die Studie keine Aussage machen könne, durch welche biologischen Risikofaktoren die erhöhten Krebsraten zu erklären seien. Die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung durch die Atomkraftwerke wurden als Erklärung abgestritten, denn diese Strahlung sei ja gar nicht gemessen worden und außerdem widerspreche



- a) Die Odds Ratio ist ein Maß für das zusätzliche relative Krebsrisiko als Ergebnis einer Fall-Kontroll-Studie. Ein Odds Ratio von 1 zeigt, dass keine Risikoerhöhung vorliegt, ein Odds Ratio von 2 zeigt beispielsweise eine Verdoppelung des Risikos an.
- b) Die Bezugslinien zeigen die geschätzten Odds Ratios für ausgewählte Abstände (5, 10, 20, 30 und 40 km).

Geschätzte Regressionskurve zu Hauptfragestellung der KiKK-Studie: Trend der Odds Ratios a) in Abhängigkeit von der Entfernung b) Grafik: KiKK-Studie



Prof. Lengfelder bringt die alarmierenden Ergebnisse der Kinderkrebsstudie ans Licht

das Ergebnis dem aktuellen strahlenbiologischen Wissen.

Prof. Lengfelder ortet hier einen massiven wissenschaftlichen Betrug: „Wenn die Studienautoren nach Vorliegen der schockierenden Ergebnisse nun die Strahlung als mögliche Ursache der Krebserkrankungen kategorisch in Abrede stellen, dann kann das nur als Folge einer absichtsvollen Veränderung und Missachtung der vorab verbindlich festgelegten Methodik und Konzeption der Kinderkrebsstudie sein. Denn in eben jener Konzeption wurde der Abstand zu den Atomkraftwerken als Ersatzgröße für das Ausmaß der radioaktiven Belastung festgemacht. Dieses Vorgehen erfüllt nach meiner Auffassung die Tatbestandsmerkmale von Fälschung bzw. Betrug in der Wissenschaft!“

Es darf also nicht herauskommen, was herauskommt

Es darf einfach nicht herauskommen, was herauskommt! Auf die Idee, dass möglicherweise das ganze Konzept der Grenzwertsetzung

zu hinterfragen ist und die geltenden Grenzwerte – zumindest für Kinder! – viel zu hoch angesetzt sind – auf die Idee kommen weder Politik noch Kraftwerksbetreiber!

Konsequenzen gefordert! Vorsorgeprinzip!

Die Konsequenz, die aus der erhöhten Anzahl der Kinderkrebsfälle im Umkreis von Atomkraftwerken zu ziehen ist, ist für Prof. Lengfelder klar: Die derzeit bestehenden Grenzwerte müssen um zumindest 50% gesenkt werden. Die dafür technische Nachrüstung, die sich für die Atomkraftwerke mit mehreren hundert Millionen Euro pro Reaktor zu Buche schlagen würde, würde die Atomenergiegewinnung unwirtschaftlich machen. Für den Profit werden aber offensichtlich bewusst Menschenopfer in Kauf genommen.

Rückendeckung bekommt Prof. Lengfelder vom Wiener Umweltmediziner Dr. Hutter: Dieser unterstreicht die Wichtigkeit des Vorsorgeprinzips: „Nach dem Vorsorgeprinzip genügt allein die Erkenntnis

signifikant gesteigerter Erkrankungsfälle. Alarmierenden Erkenntnissen müssen Konsequenzen folgen, alles andere wäre vorsätzliche Gefährdung der Bevölkerung.“ Zudem betont Dr. Hutter die psychosomatische Komponente. Die Angst vor einem möglichen Zwischenfall in einem nahe gelegenen Atomkraftwerk kann die Gesundheit der Bevölkerung in der Umgebung von Atomkraftwerken gefährden.

Und wie wird das Vorsorgeprinzip in Österreich umgesetzt?

Schon im Feber 2008 haben wir von Gesundheitsministerin Kdolsky wissen wollen, welche Konsequenzen Österreich aufgrund der Ergebnisse der Kinderkrebsstudie ziehen wird. Schöne Worte finden sich jedenfalls im Weissbuch der EU-Kommission: Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008 – 2013 KOM (2207)/630 – vom 23. Oktober 2007 in dem ausdrücklich



Dr. Hutter erläutert das Vorsorgeprinzip

auf den Schutz der menschlichen Gesundheit als Verpflichtung gemäß Artikel 52 EG-Vertrag verwiesen wird. Die Antwort von Ministerin Kdolsky ist immer noch ausständig.

Atomstrom verseucht heimische Stromnetze!

Anlässlich des 22. Jahrestages „SUPER-Gau Tschernobyl“ machen atomstopp_oberoesterreich und die Wiener Umweltorganisation VIRUS mit einer spektakulären Aktion in Wien auf eine Hausaufgabe aufmerksam, die das Vorzeige- und ausgewiesene Anti-Atom-Land Österreich immer noch unerledigt vor sich hinschiebt:

„Seit Jahren liegen die Atomstromimporte nach Österreich auf einem hohen Niveau, Atomkonzerne kaufen sich bei heimischen Stromversorgern ein, Atomstromtransite drohen angesichts der Ausbaupläne des AKW Mochovce in der Slowakei, der Leistungserhöhung des AKW Dukovany in der Tschechischen Republik weiter zu steigen! Und heimische Stromversorger machen lukrative Geschäfte mit dem „billigen“ Atomstrom!“, so Roland Egger und Gabi Schweiger von atomstopp_oberoesterreich. Wolfgang Rehm (VIRUS) ergänzt: „Österreich leistet den zunehmenden Atomstromtransiten noch Vorschub und lässt eine 380 kV-Leitung nach der anderen errichten!“

380 kV-Leitungen für noch mehr Atomstromtransit

Geplant sind 380kV-Leitungen durch Salzburg und Oberösterreich (St. Peter am Hart/OÖ nach Elixhausen) sowie durch das Burgenland und die Steiermark (Rotenturm/Bgld. nach Zwaring/Stmk.) – ebenso wie durch Niederösterreich (siehe Grafik)! Und diese 380 kV-Leitungen werden massiv Atomstrom transportieren: aus der Slowakei nach Italien, aus der Tschechischen Republik, aus Deutschland.

EU-Kommission ist für die Atomenergie!

Die von der österreichischen Politik vordergründig zur Schau gestellte Anti-Atom-Politik wird durch die Bewilligung dieser Hochspannungsleitungen endgültig zur Farce, sind sich Egger, Schweiger und Rehm einig. Die zuständigen Minister berufen sich auf die europäische Versorgungssicherheit und auf die notwendigen Lückenschlüsse in der Energieversorgung – und damit auf Vorgaben der EU-Kommission. Und die hat bekanntermaßen mit einer Renaissance der Atomenergie kein Problem. Ganz im Gegen-

teil – Atomenergie sei ja zudem ein Klimarettter, so die unüberhörbare Botschaft aus Brüssel.

Gesundheitliche Auswirkungen

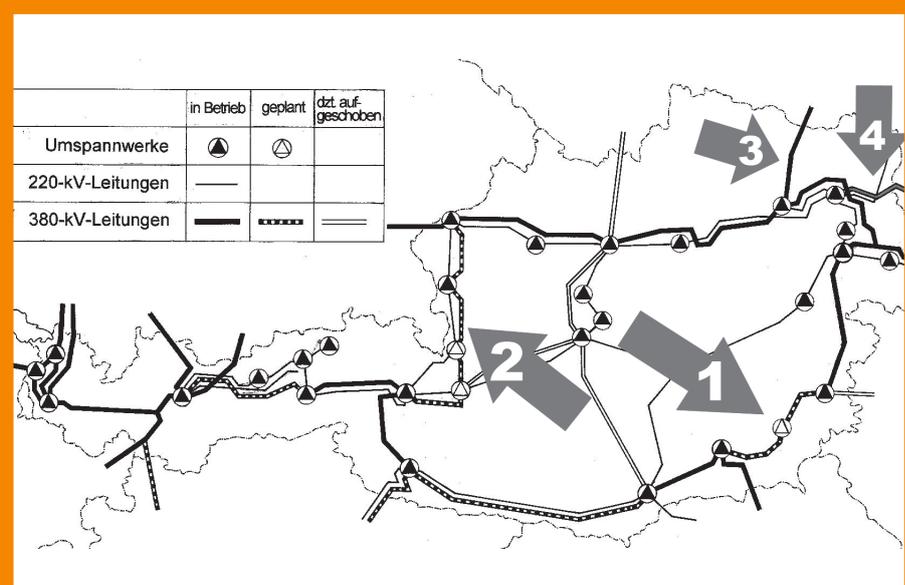
Die negativen Auswirkungen der Hochspannungsleitungen hat die betroffene Bevölkerung zu tragen: Neben einem massiven Eingriff ins Landschaftsbild sind es vor allem die gesundheitlichen Auswirkungen der Hochspannungsleitungen, die zu denken geben. Schlafstörungen, Beeinträchtigungen von Gehör und Gedächtnis sind laut einer französischen Studie die negativen Konsequenzen.

Atomstromkonzerne in Österreich

Österreich ist keine Insel der Seligen: die heimischen Energieversorger haben sich schon an die europäischen Atomstromkonzerne verkauft: Der deutsche Atomstromkonzern RWE hält 49% an der Kärntner KELAG, der französische Atomstromkonzern EdF 25% an der steirischen STEWEAG/Steg. Der Einstieg von Atomstromkonzernen durch die Teilprivatisierung der



VIRUS-Sprecher Wolfgang Rehm



1: Steiermark-Leitung
2: Salzburg-Leitung
3: Dürnrohr-Slavetice (CZ)
4: Stupava-Leitung (SK)

Grafik: VIRUS

Energie AG wurde in Oberösterreich in letzter Sekunde verhindert.

Forderungen

Die österreichischen Energieversorger sind gefordert, aus dem Atomstromhandel auszusteigen! Immerhin zeigen Umfragen, dass 9 von 10 ÖsterreicherInnen keinen Atomstrom wollen und sich für einen Stopp von Atomstromimporten aussprechen würden (Umfrage im Auftrag des Umweltdachverbandes vom September 2005). Die Politik darf den Atomstromtransiten durch den Bau der 380 kV-Leitungen keinen weiteren Vorschub leisten!

Hohe Atomstromimporte:



Gemeinsame Front gegen den Atomstromtransit durch Österreich

Stromfirma Strommix in Prozent	Strommix 2005, Abschätzung GLOBAL 2000 und Greenpeace			Endkundenmix ohne Handel		
	Wasser + Erneuerbare Energie	Fossil	Atom	Wasser + Erneuerbare Energie	Fossil	Atom
BEWAG	100%	0%	0%	100%	0%	0%
Wienenergie	10,6%	75,8%	13,4%	10,6%	75,8%	13,4%
Verbund	58,0%	29,0%	13,0%	100%	0,0%	0,0%
EVN	39,0%	61,0%	0,0%	39,0%	61,0%	0,0%
Energie AG	41,6%	41,5%	16,9%	53,4%	36,4%	10,2%
Salzburg AG	29,3%	45,9%	24,8%	53,8%	33,4%	12,9%
STEWAG-STEAG	35,6%	40,4%	24,1%	52,2%	30,0%	17,8%
KELAG	38,2%	40,7%	21,1%	76,2%	20,2%	3,6%
TIWAG	39,9%	37,7%	22,4%	72,6%	17,2%	10,2%
VKW	53,9%	28,9%	17,2%	70,9%	18,2%	10,8%

Die Tabelle zeigt, dass nur zwei der angeführten Energieversorger in der Lage sind, ohne Atomstrom auszukommen. Alle anderen Energieversorger haben zum Teil beträchtliche Atomstromanteile in ihrem Angebot.

Leider ist jedoch bei diesen Unternehmen (BEWAG und EVN) der Anteil des Stroms aus fossiler Erzeugung (hauptsächlich Kohlestrom) besonders hoch.

Tabelle: GLOBAL2000
http://www.global2000.at/pages/tstrom_tun_wechsel.htm#mix



Der imposante Mastenzug durch die Wiener Innenstadt erregt enormes Aufsehen

EU-Kommission legt Latte für atomare Sicherheit niedrig



Anlässlich der Tagung des Europäischen Nuklearforums am 22. und 23. Mai 2008 in Prag machten atomstopp_oberosterreich und die tschechische Bürgerinitiative Umweltschutz (OIZP) mit einer Aktion auf der Prager Burg aufmerksam, dass die gemeinsame europäische Sicherheitsnorm für Atomkraftwerke gefährlich niedrig und möglichst unkonkret angelegt werden muss, um für alle geplanten aber auch für alle laufenden Atomkraftwerke in Europa – sei es ISAR 1, MOCHOVCE 1+2+3+4, TEMELIN 1+2 eine leicht erfüllbare Hürde zu sein.

Die EU-Kommission weiß aus allen Umfragen, dass für die EuropäerInnen die Sicherheitsfrage von Atomkraftwerken von zentraler Wichtigkeit wäre. Allein: Es gibt keine einheitlichen Sicherheitsnormen – jedes Land entscheidet selber, was sicher ist! Und die Standards variieren somit! Das AKW Temelin wäre in Deutschland nicht genehmigt worden! Ein baugleicher Typ in der damaligen DDR wurde nach der Wiedervereinigung nicht mehr fertiggebaut! Die sicherheitstechnischen Nachrüstungen – wie sie mit Österreich im Melker Abkommen vereinbart worden sind – sind auch heute (2008!) noch nicht umgesetzt worden!



JE Temelín - splňte sliby = Temelin erfüllt seine Versprechen nicht!

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger, Layout und grafische Umsetzung: Jakob Reimer,

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz

